



Guatemala Stadt, Ende Oktober 2016

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (18)

Nach dem Ausflug ins „Geheime“ im September, geht es diesmal um die Reorganisation der Anti-Reform Sektoren. Anfang November steht die Entscheidung über die Präsidentschaft des Kongresses an und die Frage, wer seine Agenda, seinen Rhythmus und damit die anstehenden Reformen kontrolliert. Alles deutet darauf hin, dass Morales es schafft, García Rodas zu installieren; der war Parteigänger von Pérez Molina und zieht seit 30 Jahren die Strippen im Kongress. Schon im September hat die Exekutive, die noch im August mit dem Rücken zur Wand stand, die Wahl von Silvia Valdés zur Präsidentin des obersten Gerichts erreicht. Sie ist bekannt für fehlende Rechtskenntnisse und ist Teil der Struktur, die eigentlich mit dem Aus der Richter Charchal und Aguilera wegen Korruption geschwächt sein sollte. (Notizen 17).

Guatemala als politisches Konstrukt ist unglaublich vulnerabel. Die Staatsbildung wurde nie abgeschlossen, die Entscheidungen einiger Mächtiger war immer wichtiger als die Linien der öffentlichen Politik: und dieser Staat befindet sich spätestens seit dem Beginn des Versuchs, ihn mittels Haftbefehlen zu säubern, in der Dauerkrise. Die Lawine, die 2015 losgetreten wurde, hat Parteien (Partido Patriota; Lider) verschwinden lassen, die bis dahin Symbol des Status Quo waren. Es entstand ein Machtvakuum, das die ReformInnen nicht wirklich besetzen konnten. Sie sind Minderheiten in den drei Gewalten.

Wenige sind Teil des Kongresses, einige wenige Beamte oder Minister; unter den Richtern der Oberinstanzen, den Unternehmern und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gibt es sie kaum. Sie setzen auf einen Staat, der in dem Antagonismus zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf ein ökonomisches und soziales Modell setzt, das auf Gesetzmässigkeit, Legitimität und Gleichheit vor dem Gesetz basiert. Es geht nicht um radikale Vorschläge, sondern um die rationale Modernisierung eines Staates, der wenigstens einige demokratische Ansprüche hat.

Auch Taracena, der aktuelle Präsident des Kongresses, ist ein traditioneller Politiker, aber er hatte die Zeichen der Zeit erkannt und hat zum Erstaunen aller 2016 auf Reformen gesetzt... und darauf, das alte System zu schwächen. Seine Entscheidungen gegen die Seilschaften im Kongress haben ihm Feinde gemacht und seine Wiederwahl verkompliziert. Auch wenn Partido Patriota und Lider, die führenden Parteien der letzten Jahre, nicht mehr da sind, ist es ihr Personal sehr wohl; es hat die Mehrheit und sie wollen die Präsidentschaft, damit die Dinge wieder „ins Lot kommen“. García Rodas, ihr oben erwähnter Kandidat, steht dafür und steht kurz davor, aus diesem Rennen als Sieger hervor zu gehen. Melgar Padilla (Notizen 17), der aus dem Geheimdienst stammende Sicherheitsberater des Präsidenten Morales, der im August im Kongress landete, um Immunität vor Ermittlungen der CICIG zu erhalten, ist dort längst zum neuen Strippenzieher geworden.



Das Handeln der Justiz ist extrem positiv, aber sie kann weder Politik ersetzen noch auf Dauer den Willen zur Veränderung. Und noch etwas ist wichtig in diesem Zusammenhang: Wenn die Verhaftungen und Strafverfahren der einzige Weg zu den Reformen sind, laufen wir grosse Gefahr, dass die notwendigen Veränderungen mit Angst besetzt werden... und wenn Angst im Spiel ist, gewinnt der Status Quo. Vielleicht erklärt das die Ereignisse des 27.10.: Die Staatsanwaltschaft suchte einen Bankmanager wegen Korruption in einem Haus, dass der seit Jahren an den ex-Finanzminister von Pérez Molina vermietet hatte. Nach den ersten Ermittlungen sah dieser die Polizei, zog seine Pistole, verletzte einen Polizisten und den Staatsanwalt und erschoss sich dann selbst! Tatsächlich hatte er nichts mit dem Fall zu tun, aber vielleicht das Gefühl, sie kämen, um ihn zu holen...

Die Angst, selbst Gegenstand von Ermittlungen zu werden, ist allgegenwärtig. Viele Funktionäre haben etwas zu verdecken; dazu kommen die organisierte Kriminalität, die Minen- und Wasserenergieprojekte, die sich gegen die Ablehnung der Bevölkerung mit Gewalt durchsetzen wollen, genauso wie Militärs, die um das wissen, was sie im Krieg getan haben und viele Unternehmer, die zumindest Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung, Betrug oder Geldwäsche befürchten. Wenn diese Sektoren sich tatsächlich zusammenschliessen, wäre das eine mächtige Allianz. Ihr Problem ist, dass ihre Interessen nicht wirklich gleich sind und ihre Einheit oft Illusion bleibt.

Deswegen muss es kein Zufall sein, dass Bürgermeister Arzú, ein Hardliner, einen Konflikt provoziert, in dem er das zeitliche Verbot der Einfahrt für Trailer in die Stadt erweitert. Das führte logischerweise zu Protesten der Trailer, zu Grenzblockaden und Gerüchten über Spritverknappung. Konfliktivität, Chaos und Panik passen zu ihrer Strategie. Die von Ángel Gonzalez kontrollierte CICIG-feindliche Presse (seine Frau wird mit Haftbefehl gesucht, Notizen 17) goss noch Öl ins Feuer, und auch die Zunahme der Angriffe auf die öffentlichen Busse und Gerüchte über Militärbewegungen in Huehuetenango tragen nicht zur Ruhe bei.

Es geht eben nicht nur darum, Reformen zu verwässern, sondern die laufenden Strafverfahren zu verschleppen und schliesslich zu stoppen. Unter dem Banner der Souveränität wird gegen die CICIG und die angebliche ausländische Einmischung gehetzt; zwei Vertreter des UNDP und des UN-Hochkommissars für Menschenrechte mussten auf Druck gehen; Holland und Norwegen schliessen ihre Botschaften, was von diesen Sektoren mit Triumphgeschrei begrüsst wurde. Die Isolierung und letztlich die Schliessung der CICIG, die Schwächung der Staatsanwaltschaft, die Angriffe auf unabhängigen Richter und AktivistInnen sind Teil dieser Strategie.

Und da kommt die sehr positive Nachricht der Verhaftung des ehemaligen Präsidenten von Salvador wegen Korruption am 31.10. gerade diesen Interessen entgegen. Sie schürt die Angst und befördert die Allianz. Dagegen brauchen die Reformen eine eigene Strategie.

Miguel Mörth



Guatemalanetz Bern

PS: Heute, am 2.11. zieht García Rodas überraschend und mit Hinweis auf persönliche, familiäre und Sicherheitsgründe seine Kandidatur zurück, verweigert aber jede weitere Stellungnahme.